

Allgemein

1. Die vom Menschen verursachte Klimakrise ist eine existentielle Bedrohung. Goslar muss die Auswirkungen auf Klima und Umwelt bei sämtlichen Entscheidungen berücksichtigen.

- Stimmen zu
- Stimmen teilweise zu
- Stimmen nicht zu

Erläuterung:

Bereits im letzten Jahr haben wir dazu Anträge im Kreistag und Stadtrat eingebracht. In jeder Beschlussvorlage sollten die Auswirkungen auf das Klima und die Umwelt GESONDERT bewertet werden.

Der Kreistag hat den Antrag mit der Begründung abgelehnt, dass ein solches Verfahren zu arbeitsaufwändig sei.

Im Rat der Stadt Goslar wurde der Antrag zurückgestellt. Die Verwaltung wolle die ‚Zukunftsfähigkeit‘ der Beschlussvorlagen (Eine Bewertung ist nahezu jedem Beschlussvorschlag vorangestellt, allerdings ohne Bewertung der Klimaverträglichkeit) ohnehin überarbeiten und die Aufnahme einer entsprechenden Beurteilung prüfen.

Eine Nachfrage Mitte diesen Jahres ergab, dass die Verwaltung bislang aber nicht tätig geworden ist. Nach ihren Angaben werde sie das nachholen. Ergebnis leider noch immer offen.

2. Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und die Begrenzung der globalen Erwärmung auf höchstens 1,5 Grad ist Aufgabe von höchster Priorität. Ziel ist deshalb, dass Goslar bis spätestens 2035 klimaneutral wird. Bereits Ende der nächsten Legislaturperiode der Stadtverordnetenversammlung müssen die Treibhausgasemissionen in Deutschland im Vergleich zu 1990 um 60% gesunken sein; bis Ende der übernächsten Legislaturperiode um 85%. Daran orientieren wir uns.

- Stimmen zu
- Stimmen teilweise zu
- Stimmen nicht zu

Erläuterung:

Das Ziel ist richtig. Der kommunale Beitrag ist allerdings aufgrund fehlender, messbarer Parameter noch nicht konkret einschätzbar.

Natürlich sind bundes- und landespolitische Entscheidungen von höherer Bedeutung. Darauf zu warten ist aber nicht der richtige Weg. Wir müssen auf kommunaler Ebene unsere Möglichkeiten ausschöpfen.

Diese sind vielfältig: Im Verkehrsbereich mit einem verbesserten ÖPNV (Linienführung, Kostenfreiheit, Taktung), der Einschränkung des Individualverkehr, bei der Stadtentwicklung im Flächenverbrauch (Nutzung von Altstandorten, Begrenzung der Versiegelung), Energieeinsparungen durch verpflichtende Nutzung regenerativer Energie, aber auch durch Reduzierung des derzeitigen Energieverbrauchs (Beleuchtung, Beheizung).

Die vielfältigen Möglichkeiten (so o.a. Beispiele) sind aufeinander abzustimmen.

Wir werden aber nur dann erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, die Einwohner*innen mitzunehmen. Dazu bedarf es noch immer einer weitreichenden Überzeugungsarbeit.

3. Wir werden dafür sorgen, dass das Klimaschutzkonzept so gestaltet bzw. umgestaltet wird, dass Klimaneutralität - 1,5 Grad konform - bis spätestens 2035 sichergestellt werden kann. Die Umsetzung hat für uns oberste Priorität.

- Stimmen zu
- Stimmen teilweise zu
- Stimmen nicht zu

Erläuterung:

Die Zielsetzung hat zweifelsohne oberste Priorität. Wer aber bereits heute die Sicherstellung der Zielerreichung garantiert, der gibt Versprechen ab, von denen er nicht weiß, ob er sie einhalten kann. Der kommunale Beitrag reicht dafür in keinem Fall aus.

4. Das bisherige Handeln der Politik reicht nicht aus, um den Klimawandel zu begrenzen. Zukünftige Maßnahmen müssen daher über den derzeitigen Stand hinausgehen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst und rufen als Anstoß für weitere Schritte den Klimanotstand für die Stadt Goslar aus.

- Stimmen zu
- Stimmen teilweise zu
- Stimmen nicht zu

Erläuterung:

In der Aussage richtig. Auch unsere Partei ist spät aufgewacht. Andere schlafen aber noch immer (und/oder wollen nicht geweckt werden).

Das ist für eine Politik, die in Legislaturperioden denkt, der einfache Weg. Wir haben begriffen -und in unseren Programmen aufgenommen-, dass es höchste Zeit ist zu handeln. Erste Schritte (siehe u.a. zu Antwort 1) sind leider fehlgeschlagen.

Wir müssen Mehrheiten in den Gremien finden. Und wir müssen die Menschen aufklären.

Denn nicht nur der öffentliche Bereich ist gefordert. Jeder kann zum Klimaschutz auch im privaten Bereich dazu beitragen.

Die Ausrufung des Klimanotstandes macht aber nur dann Sinn, wenn er kein symbolischer Akt ist.

Konkrete -erste- Maßnahmen müssen den ‚Anstoß‘ begleiten. Nur dann ist eine Wirkung zu erzielen.

Nur den Klimanotstand ausrufen und erst einmal so weiter zu machen wie bisher, reicht nicht aus.

Bereich Energie und Bauen

5. Wir haben das Ziel, alle Gebäude in öffentlicher Hand klimaneutral zu gestalten. Dazu müssen bestehende Gebäude energetisch saniert und alle geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen und / oder Dachbegrünung ausgestattet werden.

- Stimmen zu
- Stimmen teilweise zu
- Stimmen nicht zu

Erläuterung:

Für den privaten Bereich bedarfs es konkreter Förderprogramme. Für Gebäude in öffentlicher Hand ist ein konkreter Umsetzungsplan zu erarbeiten. Nicht alles ist sofort umsetzbar, sollte aber mit konkreter Zeit- und Umsetzungsplanung hinterlegt werden.

6. Wir planen spezifische und sofortige Maßnahmen, um die Ausstattung geeigneter Dächer mit Photovoltaik und den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich zu beschleunigen.

Stimmen zu

Stimmen teilweise zu

Stimmen nicht zu

Erläuterung: siehe unter 5.

7. Wir wollen alles in unserer Verantwortung stehende dafür tun, dass Goslar bis spätestens 2035 zu 100% mit erneuerbaren Energien versorgt wird.

Stimmen zu

Stimmen teilweise zu

Stimmen nicht zu

Erläuterung: siehe vorstehende Erläuterungen.

Handlungsfelder sind ausreichend vorhanden. Dazu bedarf es einer zeitnahen Planung und Umsetzung.

Bereich Verkehr / Mobilitätswende

8. Wir setzen uns für eine umfassende Verkehrswende ein – das bedeutet, dass die Verkehrsinfrastruktur im eigenen Verantwortungsbereich so umgestaltet wird, dass spätestens 2035 CO₂-Neutralität möglich ist.

Stimmen zu

Stimmen teilweise zu

Stimmen nicht zu

Erläuterung:

Vorrang für den öffentlichen Personen- und Güterverkehr.

Bus und Bahn haben Vorrang vor dem Individualverkehr. Linien und Taktung sind auszubauen.

Zur Zeit wird der ÖPNV auf die bestehende Nachfrage ausgerichtet. Die Folge: Linien werden gestrichen, die Taktung reduziert oder nur auf konkrete Anforderung bedient (Anrufsysteme). Wir müssen diese Philosophie umkehren. ÖPNV muss so ausgerichtet sein, dass er die Nachfrage weckt und den Umstieg, weg vom Individualverkehr, bewirkt.

Der ÖPNV muss für die Nutzer*innen kostenfrei werden.

Keine neuen Parkhäuser in Innenstädten. Durch die o.a. Alternativen im ÖPNV lässt sich Parkraum in der Innenstadt reduzieren.

Waren/Güter müssen vor der Stadt ‚abgefangen‘, neu verteilt und zugestellt werden.

Nicht jedes ‚Päckchen‘ muss mit einem Lkw in die Stadt gebracht werden.

9. Der Ausbau und die Sicherheit von Fahrrad- und Fußwegen haben Priorität, auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (außgenommen natürlich EBikes/Pedelecs).

Stimmen zu

Stimmen teilweise zu

Stimmen nicht zu

Erläuterung:

Verkehrssicherheit ist nicht teilbar und kann nicht zu Lasten einer Verkehrsart gehen.

Sicher gibt es im Bereich der Fahrrad- und Fußgängerverkehre Nachholbedarf.

Dem Ausbau von Fahrrad- und Fußwegen stimmen wir zu. Hier gibt es im Sinne einer Gleichbehandlung der Verkehrsarten erheblichen Bedarf.

10. Das Angebot des öffentlichen Personennahverkehr soll durch mehr Verbindungen und höhere Taktung erweitert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nutzung für alle Bürger*innen kostengünstiger wird und sorgen dafür, dass alle Fahrzeuge des öffentlichen Personennahverkehrs schnellstmöglich auf klimaneutrale Antriebe umgestellt werden.

Stimmen zu

Stimmen teilweise zu

Stimmen nicht zu

Erläuterung: siehe Antwort zu 8.

Bereich grüne Stadtentwicklung - Klimafolgenanpassung & Erhalt der Biodiversität

11. Für uns hat eine ökologische Stadtentwicklung Priorität. Wir sorgen mit resoluten Maßnahmen für Erhalt unversiegelter Flächen, Entsiegelung und Stadtbegrünung. Bei sämtlichen Bauvorhaben ist auf den Erhalt von Frischluftschneisen und Stadtbegrünung zu achten bzw. sind diese neu zu schaffen.

Stimmen zu

Stimmen teilweise zu

Stimmen nicht zu

Erläuterung:

Die Aussagen sind widersprüchlich.

Zweifelsfrei hat eine ökologische Stadtentwicklung Priorität.

Wo Menschen leben, wollen Menschen wohnen und arbeiten. Dazu bedarf es einer Infrastruktur um Bedürfnisse zu decken.

Insofern KEINE RESOLUTEN Maßnahmen für den Erhalt unversiegelter Flächen und Entsiegelung, sondern Stadtentwicklung mit Augenmaß.

Bitte senden Sie uns Ihre Antworten bis zum 15.08. an: fridaysforfuturegoslar@gmail.com

Vielen Dank für Ihren Aufwand!

09.08.2021

Rüdiger Wohltmann, Kreistagsfraktion DIE LINKE.
Michael Ohse, Fraktion DIE LINKE. im Rat der
Stadt Goslar

Datum

Unterschrift